

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 70

DIENSTAG, DEN 6. SEPTEMBER

2011

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzung der Bürgerschaft	1957	Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 42	1958
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1957	Aufstellungsbeschluss	1958
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Übersetzerin für die ukrainische Sprache	1958	Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs	1959
Widmung einer Wegefläche	1958	Widmung einer Wegefläche	1959
Öffentliche Plandiskussion über die Planänderungsverfahren für die Plangebiete Barmbek-Nord 18, 21 und 30 (Sicherung von Arbeitsstättenflächen)	1958		

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 14. September 2011, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 6. September 2011

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 1957

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma Vibracoustic GmbH und Co. KG hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für den Einsatz neuer Haftvermittler in der Produktionsanlage zur Herstellung und Vulkanisation von Gummi-Metall-Formteilen auf dem Grundstück Hörstener Straße 45–47 in 21079 Hamburg beantragt.

Die Änderung stellt ein Vorhaben nach Nummer 10.3.2 Spalte 2 Buchstabe S der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar.

Nach der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Die Begründung der Feststellung, dass für die Änderung keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 31. August 2011

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 1957

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Übersetzerin für die ukrainische Sprache

Frau Oksana Korniyenko, geboren am 7. April 1972 in Ternopil, wohnhaft Kroosweg 30 a, 21073 Hamburg, Telefon 040/76 42 97 87, ist zur allgemein vereidigten Übersetzerin für die ukrainische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 17. August 2011

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 1958

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Wilhelmsburg, belegene Straßenverkehrsfläche Schlöperstieg (Flurstücke 2715, 2713, 2719 sowie 6996, jeweils teilweise) im Rahmen der Wohnerschließung Schlöperstieg mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 23. August 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1958

Öffentliche Plandiskussion über die Planänderungsverfahren für die Plangebiete Barmbek-Nord 18, 21 und 30 (Sicherung von Arbeitsstättenflächen)

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord führt zu den Textänderungsentwürfen der Bebauungspläne Barmbek-Nord 18, 21 und 30 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung durch.

Durch die Verordnungen soll innerhalb der bezeichneten Gebiete mittels neuer Festsetzungen die Einzelhandelsnutzung beschränkt werden. Gleichzeitig erfolgt eine Umstellung auf die aktuell gültige Baunutzungsverordnung.

Die Planänderungsverfahren beziehen sich ausschließlich auf die in den oben genannten Bebauungsplänen als Gewerbe-, Industrie- und Mischgebiete ausgewiesenen Flächen und werden nach § 13 des Baugesetzbuchs durchgeführt.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 15. September 2011, um 19.00 Uhr im Barmbek-Basch, Wohldorfer Straße 30, 22081 Hamburg, statt.

Informationsmaterial kann ab dem 8. September 2011 montags bis donnerstags in der Zeit zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung im technischen Rathaus im VI. Stock in der Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, eingesehen werden.

Auskünfte zu den Verordnungsentwürfen der Bebauungspläne erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache (Telefon: 040/4 28 04 - 60 26 oder - 60 20).

Hamburg, den 30. August 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1958

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 42

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord führt zu dem Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 42 mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung durch.

Mit dem Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Süd 42 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Neuordnung von Arbeitsstätten im Gewerbegebiet und bestehende und mögliche Wohnnutzungen geschaffen werden.

Ziel ist ein Abbau von Gemengelagekonflikten und eine Aufwertung des Quartiers. Insbesondere soll die Ansiedlung von weiteren Einzelhandelsbetrieben in bestimmten Bereichen des Gewerbegebietes unterbunden werden, damit Flächen für das produzierende Gewerbe beziehungsweise für gewerbegebietstypische Nutzungen verfügbar bleiben und die in der Umgebung liegenden Zentren in ihrem Bestand und in ihrer Entwicklung gesichert werden.

Das Planverfahren wird gemäß § 13 des Baugesetzbuchs im vereinfachten Verfahren durchgeführt.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 15. September 2011, um 19.00 Uhr im Barmbek-Basch, Wohldorfer Straße 30, 22081 Hamburg, statt.

Informationsmaterial kann ab dem 8. September 2011 montags bis donnerstags in der Zeit zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung im technischen Rathaus im VI. Stock in der Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, eingesehen werden.

Auskünfte zum ausgelegten Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache (Telefon: 040/4 28 04 - 60 26 oder - 60 20).

Hamburg, den 30. August 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1958

Aufstellungsbeschluss

Das Bezirksamt Wandsbek beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), für das Gebiet zwischen Güstrower Weg, Parchimer Straße, Hagenower Straße und der Trasse der Deutschen Bundesbahn den bestehenden Bebauungsplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss W 02/11).

Das Planverfahren wird gemäß § 13 a BauGB als Plan der Innenentwicklung durchgeführt, von einer Umweltprüfung wird abgesehen.

Eine Karte, in der das Plangebiet farbig gekennzeichnet ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Nordgrenze des Flurstücks 373, Gemarkung Neu-Rahlstedt – Parchimer Straße – Hagenower Straße – Güstrower Weg – Nordgrenze des Flurstücks 582 – Westgrenze des Flurstücks 5192 – über das Flurstück 4138 (Bahntrasse) sowie die Ostgrenze des Flurstücks 4462, Gemarkung Alt-Rahlstedt (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 526).

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit der beabsichtigten Bezeichnung Rahlstedt 128 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Neubebauung beziehungsweise eine der Lage am Rande des Rahlstedter Zentrums entsprechende Wohnungsbauentwicklung auf den Grundstücken zwischen Güstrower Weg und Wandse geschaffen werden. Die Flächen der Wandse-Niederung sollen als Freiflächen und die vorhandenen villenartigen Wohnungsbaustrukturen an der Parchimer Straße entsprechend gesichert werden.

Hamburg, den 31. August 2011

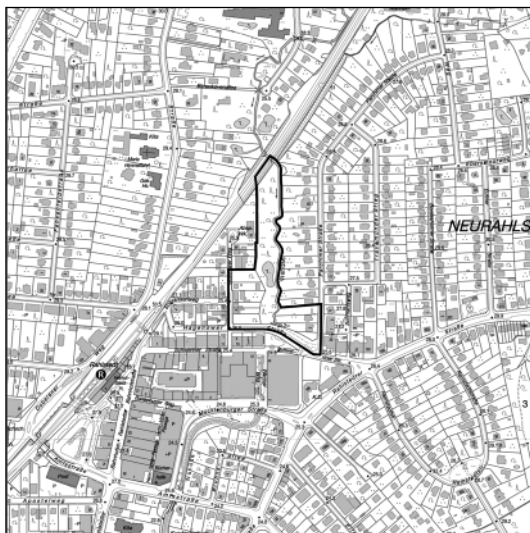
Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1958

Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Wandsbek hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), öffentlich auszulegen:

Bebauungsplan Rahlstedt 128



Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Nordgrenze des Flurstücks 373, Gemarkung Neu-Rahlstedt – Parchimer Straße – Hagenower Straße – Güstrower Weg – Nordgrenze des Flurstücks 582 – Westgrenze des Flurstücks 5192 – über das Flurstück 4138 (Bahntrasse) sowie die Ostgrenze des Flurstücks 4462, Gemarkung Alt-Rahlstedt (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 526).

Das Planverfahren wird gemäß § 13 a BauGB als Plan der Innenentwicklung durchgeführt, von einer Umweltprüfung wird gemäß § 13 Absatz 3 Satz 2 BauGB abgesehen.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit der beabsichtigten Bezeichnung Rahlstedt 128 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Neubebauung beziehungsweise eine der Lage am Rande des Rahlstedter Zentrums entsprechende Wohnungsbauentwicklung auf den Grundstücken zwischen Güstrower Weg und Wandse geschaffen werden. Die Flächen der Wandse-Niederung sollen als Freiflächen und die vorhandenen villenartigen Wohnungsbaustrukturen an der Parchimer Straße entsprechend gesichert werden.

Der Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 14. September 2011 bis einschließlich 14. Oktober 2011 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Es liegen Informationen zu folgenden umweltrelevanten Aspekten vor: Schalltechnische Untersuchung (8. August 2011).

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 Absatz 2 a der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 31. August 2011

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1959

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Bergedorf, Gemarkung Allermöhe, Ortsteil 610, belegene, am Rungedamm beginnende und in südöstliche Richtung verlaufende, etwa 410 m lange Teilfläche des Wilhelm-Iwan-Ring mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 18. August 2011

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1959

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 igs internationale gartenschau hamburg 2013 GmbH
 Postanschrift:
 Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Bearbeiter: Frau Mohr,
 Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98-59,
 Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98-99,
 E-Mail: clauda.mohr@igs-hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 anderen Stellen: siehe Anhang A.II
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 andere Stellen: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
 Sonstiges: igs internationale gartenschau hamburg 2013 GmbH
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
 internationale gartenschau hamburg 2013 – Pflanzung bauseits gestellter Stauden (Gräser) und Pflege bis zum Ende der Gartenschau
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 (a) Bauleistung
 Ausführung
 Hauptlieferort: Freie und Hansestadt Hamburg
 NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Pflanzung und Pflege von 32.250 St. bauseits gestellter Stauden (Gräser) und 55.000 St. bauseits gestellter Geophyten auf einer Fläche von 5000 m² in den Wasserwelten der igs 2013.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand: 45.11.27.00 - 2

Ergänzende Gegenstände: 77.31.00.00 - 6

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Dauer in Monaten: 25

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in)
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
 - Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
 - Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
 - Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
 - Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
 - Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.

- Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 - Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
 - Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
 - Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 - Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.
 - Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: OV-IGS-269/11

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl: 2011/S17-026433 vom 26. Januar 2011
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:
15. September 2011, 11.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 13,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-269/11 an folgendes Konto:
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA, Kontonummer 375 202 205, BLZ 200 100 20, Geldinstitut: Postbank Hamburg, IBAN DE 50200100200375202205, BIC PBNKDEFF200 (Hamburg).
Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift Anhang A II senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
20. September 2011, 11.15 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis 30. Oktober 2011
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
20. September 2011, 11.15 Uhr
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gem. § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
26. August 2011

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind: –**
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): –

Hamburg, den 26. August 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

779

Vorinformation

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Postanschrift:
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):

Bearbeiterin: Frau von der Lippe,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 92,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88

E-Mail:
Nanettvonder.Lippe@LSBG.Hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Sonstiges: Wasserbau

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II.A: AUFTRAGSGEGENSTAND (Bauauftrag)

II.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

Gewässeranbindung Neue Mitte Wilhelmsburg

II.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung**

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

II.3) **Diese Bekanntmachung betrifft eine Rahmenvereinbarung: Nein**

II.4) **Kurze Beschreibung der Art und des Umfangs der Bauleistungen:**

Die Baumaßnahme beinhaltet die Herstellung eines neuen Gewässers mit einer Gesamtlänge von 1,3 km. Das Gewässer soll die Oberflächenentwässerung der „Neuen Mitte Wilhelmsburg“ sicherstellen und die Möglichkeit der Kanubefahrung bieten. Die Maßnahme umfasst insbesondere den Erdaushub des Gewässers, den Umbau der Unterführung, die Herstellung von Brücken und konstruktiven Uferwänden.

Gewässerausbau incl. Uferwände, Sitzstufen und Unterhaltungswege, Neubau Brücke Dratelnstr.

Aufteilung in Lose: Nein

II.5) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45.24.00.00 -

Ergänzende Gegenstände: 44.21.21.00 -

II.6) **Voraussichtlicher Beginn der Vergabeverfahren und Vertragslaufzeit**

Voraussichtlicher Beginn
der Vergabeverfahren: 18. Oktober 2011

Laufzeit in Monaten: –

Beginn der Bauarbeiten: 1. März 2012

Abschluss der Bauarbeiten: 1. März 2013

II.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**

II.8) **Sonstige Informationen: –**

ABSCHNITT II.B: AUFTRAGSGEGENSTAND (Lieferungen und Dienstleistungen): –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN:

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: siehe Vergabeunterlagen
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Vorbehaltene Aufträge: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN:

- VI.1) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.2) **Sonstige Informationen:**
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 40 - 20 39
- VI.3) **Angaben zum Allgemeinen Rechtsrahmen:** –
- VI.4) **Tag der Absendung dieser Vorinformation:**
26. August 2011

Hamburg, den 29. August. 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

780

**Bekanntmachung
Beschränkte Ausschreibung
nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Umweltschutz,
Abteilung Wasserwirtschaft – U1 –,
Billstraße 84, 20539 Hamburg
Telefon: 040/4 28 45 - 33 68
Telefax: 040/4 28 45 - 34 71
Email: fritz.kulisch@bsu.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Ausführung von Bauleistungen – Erstellung einer baulichen Anlage
- e) Hamburger Stadtgebiet
- f) Vergabenummer: **ÖT-U1-274/11**
Leistungsvertrag Arbeiten an Grundwassermessstellen, z.T. auf kontaminierten Standorten; LV AGM 2012. Die Anzahl der Firmen für einen Vertragsabschluss wird auf fünf begrenzt. Ein Anspruch auf Beteiligung an der sich anschließenden Preisanfrage besteht nicht. Die Arbeiten sollen zu einem Einheitspreis, der aus einer Mittelpreisbildung der eingereichten gültigen Angebote resultiert, durchgeführt werden. Die für eine Auftragserteilung in Betracht kommenden Betriebe entscheiden selbst über einen Vertragsabschluss.
- g) Geologische Erkundungen; Arbeiten an vorhandenen Grundwassermessstellen.
- h) Fachlos 1: Instandhaltung und Umbau an Grundwassermessstellen; Fachlos 2: Sanierung und Rückbau von

Grundwassermessstellen. Fachlich geeignete Firmen können sich für beide Lose oder auch nur ein Los bewerben.

- i) Beginn: 1. November 2011
Ende: 31. Oktober 2015
- j) –
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am: 13. September 2011 um 11.15 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o).
- n) 25. Oktober 2011
- o) Anschrift
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle – ZVA –, Zimmer E 231
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 25. Oktober 2011, 9.30 Uhr.
Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen

mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregisterauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z. B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- j) Geforderte Eignungsnachweise bei Antrag auf Teilnahme:
Mit den Teilnahmeanträgen sind folgende zusätzliche Nachweise einzureichen:
 - Qualifikation nach DVWG/W120 (für Fachlos 2);
 - Namensliste und Qualifikation der Geräteführer u. Sicherheitsbeauftragte(n);
 - Betriebliche Mindestausstattung:
 1. Dreibock;
 2. Wasserpumpe mit einer Mindestleistung von 6 m³/Std.;
 3. Generator mit einer Mindestleistung von 2.600 W;
 Präqualifizierte Unternehmen können stattdessen im Teilnahmeantrag die Nummer angeben, unter der sie in der Liste des Vereins für die Präqualifizierung von

Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen sind.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. November 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Umweltschutz – UL –,
Billstraße 84, 20539 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 45 - 22 24

Hamburg, den 31. August 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

781

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsbereich Betriebe, Bundesfernstraßen
und Straßentunnel,
Autobahnmeisterei Othmarschen

Postanschrift: Baurstraße 3, 22605 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Bearbeiter: Herr Schwentke,
Telefon: +49 (0)40 / 42 81 04 - 2 89/- 1 91,
Telefax: +49 (0)40 / 42 81 04 - 2 87

E-Mail:

michael.schwentke@lsbg.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

anderen Stellen: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

andere Stellen: siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Lieferung von Auftausalz (NaCl) aus natürlichen Vorkommen für den Winterdienst 2011/2012, optional bis 2015

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

(b) Lieferung

Kauf

- Hauptausführungsort: Hamburg
NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: 6 Monate
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Lieferung von Auftausalz (NaCl) aus natürlichen Vorkommen innerhalb der EU oder gleichwertig für den Winterdienst 2011/2012, optional bis 2015 an die Autobahnmeistereien Hamburg Stillhorn und Hamburg Othmarschen.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):
Hauptgegenstand: 14.41.00.00 - 8
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Mit dem Auftragnehmer wird eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Es werden keine festen Liefer- bzw. Mindest- und Höchstabnahmen vereinbart.
Vergütet wird der tatsächliche, d.h. der bestellte und gelieferte Bedarf zu dem vereinbarten Einheitspreis.
Die Bestellung erfolgt über den VOL-Bestellschein.
Der Verbrauch in den Vorjahren betrug:
2006/2007 1767 Tonnen
2007/2008 1573 Tonnen
2008/2009 3138 Tonnen
2009/2010 9323 Tonnen
2010/2011 5538 Tonnen
Der Liefervertrag wird zunächst für die Wintersaison 2011/2012 (Lieferzeitraum 31. Oktober 2011 bis 31. April 2012) geschlossen und verlängert sich jeweils für die folgende Wintersaison, längstens jedoch bis einschließlich der Wintersaison 2014/2015, wenn der Auftraggeber dies bis spätestens zum 1. November des laufenden Jahres gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich erklärt (Option).
- II.2.2) Optionen: Nein
Zahl der möglichen Verlängerungen: 3
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
6 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Siehe Ausschreibungsunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Auskunft aus dem Gewerbezentralregister.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Angaben zu Mitarbeiterzahl, Gesamtumsatz, Umsatz in der ausgeschriebenen Leistungsart, jeweils in den letzten 3 Jahren.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Referenzen der letzten 3 Jahre mit Angaben, zum Auftraggeber mit Ansprechpartner, zum Auftragsumfang und Angaben zum Standort der Herstellerfirma.
– Angabe des nächst gelegenen Lagers und dessen Kapazität.
– Angabe der durchschnittlichen Lagermenge für Auftausalz und Produktionskapazität im Winter.
– Angabe der Transportkapazität des Bieters bzw. eines vorgesehenen vertraglichen Transporteurs.
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Niedrigster Preis.

- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-B2-168/11
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 20. Oktober 2011, 11.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 5,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen.
Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-B2-168/11 an folgendes Konto:
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA, Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20, Geldinstitut Postbank Hamburg. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A II schicken. IBAN DE 2001 0020 03752022 05, BIC PBNKDEFF200 (Hamburg)
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
25. Oktober 2011, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 25. November 2011 oder Frist in Monaten: 2 ab Schlusstermin für den Eingang der Angebote
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
Tag: 25. Oktober 2011, 10.30 Uhr
Ort: siehe Anhang A III
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:

Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 3 Satz 1 Nr. 4 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
31. August 2011

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht – ZVA, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, Zimmer E 228
20355 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, Zimmer E 228,
20355 Hamburg, Deutschland
Hamburg, den 31. August 2011
Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

782

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Glas- und Gebäudereinigung für die Universität Hamburg, Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft, Von-**

Melle-Park 11 in 20146 Hamburg, unter der Projektnummer: **2011000057** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 11. Oktober 2011, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. Januar 2012

Ausführungsfrist: 1. Februar 2012 bis auf Weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336 - 206, unter Angabe der Projektnummer 2011000057 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Nummer 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 29. August 2011

Die Finanzbehörde

783

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt **einen Lkw (18 t) mit 4x4** unter der Projektnummer **2011000094** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 27. September 2011, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 30. November 2011

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336 - 206, unter Angabe der Projektnummer 2011000094 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 7 Nummer 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 30. August 2009

Die Finanzbehörde

784

Sonstige Mitteilungen

BEKANNTMACHUNG

Bauleistung

**D-Hamburg: Bau von Konstruktionen
und baulichen Anlagen
2011/S 162-267422**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
GGV Grundstücksgesellschaft
Verwaltungsgebäude Neuenfelder Straße mbH
vertreten durch die
SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Deutschland
Weitere Auskünfte erteilen:
SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7,
Kontakt: SpriAG – Sprinkenhof AG,
20095 Hamburg, Deutschland,
zu Händen Herrn Jörn Behrens,
Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0,
Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279
E-Mail: joern.behrens@sprinkenhof.de
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7,
Kontakt: SpriAG – Sprinkenhof AG,
20095 Hamburg, Deutschland,
zu Händen Herrn Jörn Behrens,
Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0,
Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279
E-Mail: joern.behrens@sprinkenhof.de
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7,
Kontakt: SpriAG – Sprinkenhof AG,
20095 Hamburg, Deutschland,
zu Händen Herrn Jörn Behrens,
Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0,
Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279
E-Mail: joern.behrens@sprinkenhof.de
- I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers
und Haupttätigkeit(en)**
Sonstiges: Städtische GmbH
Sonstiges: Objektgesellschaft
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-
geber:**
Neubau der Behörde für Stadtentwicklung und
Umwelt (BSU) in Hamburg-Wilhelmsburg, hier
Ausbau 1 (Tischlerarbeiten, Trockenbau).
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:**
Bauleistung

Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg-Wilhelmsburg.

NUTS-Code DE600

- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:**
Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:** –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
fungsvorhabens:**
Ausschreibung des Ausbau 1 (Tischlerarbeiten:
Holztüren, Elemente, Verkleidungen; Trocken-
bau: Wände und Decken, Hohl- und Doppel-
böden) für den Neubau der Behörde für Stadt-
entwicklung und Umwelt (BSU). Das Verwal-
tungsgebäude ist für ca. 1370 Arbeitsplätze konzi-
piert und hat eine BGF von insgesamt ca.
60 800 m². Vertragspartner auf Seiten des AG ist
die GGV Grundstücksgesellschaft Verwaltungs-
gebäude Neuenfelder Straße mbH (eine 100-pro-
zentige Tochtergesellschaft der SpriAG-Sprin-
kenhof AG) vertreten durch die SpriAG-Sprin-
kenhof AG, Steinstraße 7, 20095 Hamburg.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
(CPV):**
45223000, 45420000, 45400000, 45324000,
45323000, 45451200, 45432112
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
men (GPA):** Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose:** Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:** Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Leistungen des Ausbau 1 (Tischlerarbeiten:
Holztüren, Elemente, Verkleidungen; Trocken-
bau: Wände und Decken, Hohl- und Doppel-
böden) u.a. mit Lieferung, Montage A) Haupt-
mengen: Gipskarton -Abhangdecken F0, glatt
bzw. gelocht ca. 12 675 m², Mineralische Abhang-
decke Brücke Haus E-F (Außenbereich) ca.
45 m², Sanitärtrennwände, raumhoch (2,50 m)
ca. 815 m², Sanitärtrennwände UG1 (gestelzt
2135 m) ca. 50 m², Mobile Trennwände (furniert)
ca. 127 m², Doppelböden ca. 9230 m², Hohlböden
(35 mm Estrichdecklage) ca. 24 227 m², Hohlböden
(55 mm bis 60 mm Heizestrich) ca. 4016 m²,
Sportboden als Parkettschwingboden ca. 160 m²,
Massivholzparkett Eiche ca. 410 m², Brand-
schutzbekleidung Stahlträger/Stahlblech Brücke
Haus E-F ca. 122 m², einfl. Innentüren, furniert,
Vollblatt, SSK 1 ca. 28 Stck., einfl. Innentüren,
furniert, mit Glasausschnitt, SSK 1 ca. 174 Stck.,
einfl. Innentüren, furniert, mit Glasseitenteil,
SSK 1 ca. 1148 Stck., einfl. Innentüren, furniert,
mit Glasausschnitt, bis SSK 5, tw. mit T30 bzw.
T90 sowie RS-Anforderungen ca. 43 Stck., einfl.
Innentüren, furniert, mit Glasseitenteil, bis SSK
5, tw. mit T30 bzw. T90 sowie RS-Anforderungen
ca. 144 Stck., zweifl. Türen aus Holzwerkstoff bis
T30 ca. 4 Stck., einfl. Holzwerkstoff-Türen,
lackiert, ohne Anforderungen ca. 287 Stck., einfl.
Holzwerkstoff-Türen, lackiert, als Feuchtraum-

türen ca. 132 Stck., einfl. Holzwerkstoff-Türen, lackiert, mit T30 bzw. T90 sowie RS-Anforderungen ca. 183 Stck., einläufige Schiebetüren für Behinderten-WC bis T-30 ca. 9 Stck., einfl. Nassraumtüren ca. 7 Stck., Edelstahlbeschläge ca. 2165 Stck., Überström-Absorber-Elemente, 1,0 bis 1,4 m breit ca. 2700 Stck., Überström-Absorber-Elemente, 1,04 m breit ca. 85 Stck., akustisch wirksame Wandbekleidung in Materialkombination ca. 850 m², Trockenbaumontagewände gerade ohne/mit Anforderungen an Schallschutz, Brandschutz ca. 32 900 m², Trockenbaumontagewände, mit Radius 1,5 bis 10 m, sonst dto. ca. 2100 m², Trockenbauwände, mit Radius über 10 bis 60 m, sonst dto. ca. 4400 m², Wandvorsatzschalen ca. 4200 m², Schachtwände F90 ca. 1350 m², Trockenputz ca. 700 m², Lichtkonen mit F-90 Verglasung im Bereich von Betondecken mit Einzelzulassung ca. 4 Stck., Erstellung und Lieferung der Werk- und Montageplanung.

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 1. Dezember 2011
Ende: 8. Februar 2013

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:

Siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Ja

Produkt- und Sicherheitsdatenblätter sowie Environmental Product Declarations (EPD) (nach ISO 14025/TR) für angebotene Produkte für die GOLD-Zertifizierung des Objektes nach dem DGNB-Zertifizierungssystem“ Neubau Büro- und Verwaltungsgebäude v. 2009“ der DGNB.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Verdingungsunterlagen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Verdingungsunterlagen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Benennung und Bestätigung des Umsatzes (mind. 30 000 000 Euro (netto) Jahresumsatz als Mindestvoraussetzung insgesamt bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/oder entsprechend testierter Jahresabschluss/oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnung, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Verdingungsunterlagen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Benennung und Bestätigung von mit der beschriebenen Leistung vergleichbaren Referenzobjekten aus den letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahren mind. 1 Referenzleistung für Holztüren mit Stock/Blockzarge und mit Schallschutzklasse 4/5 – bei mind. 1 Referenzobjekt mit mind. 1900 Stck. Holztüren; mind. 1 Referenzleistung für akustisch wirksame Vorsatzschalen aus Holz/Holzwerkstoff – bei mind. 1 Referenzobjekt mit mind. 800 m² akustisch wirksamen Vorsatzschalen; mind. 1 Referenzleistung mit gerundeten Trockenbauwänden – bei mind. 1 Referenzobjekt mit mind. 2000 m² gerundeten Trockenbauwänden (Radien < 10 m und mit Spachtelung Qualitätsstufe Q3 gem. Merkblatt Nr. 2 der Industriegruppe Gipsplatten im Bundesverband der Gips- und Gipsplattenindustrie e.V.); mind. 1 Referenzleistung für Hohl- und Doppelböden – bei mind. 1 Referenzobjekt mit mind. 30 000 m² Hohl-/Doppelböden, mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers mit Angabe eines Ansprechpartners (Bauherren mit Tel.-Nr.) vom jeweiligen Objekt, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.

Zertifizierung QM nach ISO 9001 oder gleichwertiger europaweit anerkannter Qualitätszertifizierung.

Vorlage eines Personaleinsatzorganigramms (Projektleitung, Montageleitung, Monteure – Aufteilung pro Teilleistung und Bauteil).

Vorlage eines Ressourcenplans (Darstellung der Unternehmensauslastung für die Ausführungsphase und etwaiger Personalreserven – Aufteilung pro Teilleistung und Bauteil).

Vorlage eines Terminplans – Aufteilung pro Teilleistung und Bauteil (Montagekonzept und Terminablaufplan bei Angebotsabgabe durch den Bieter müssen auf die bereitgestellte Terminmatrix abgestimmt sein).

Vorlage einer Schufa-Auskunft.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsinformationen

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: –

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 4. Oktober 2011

Die Unterlagen sind kostenpflichtig.

Preis: 75,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Überweisung; der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.

Empfänger:

SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort Neubau BSU,
Vergabe 3-06 – Ausbau,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

10. Oktober 2011, 10.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 28. November 2011

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

10. Oktober 2011, 10.30 Uhr

Ort: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja

Bieter und ihre personengebundenen Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONENVI.1) **Dauerauftrag:** NeinVI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein**VI.3) Sonstige Informationen:**

Der Versand der Verdingungs-, Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen erfolgt in digitaler Form auf CD gegen eine Gebühr von 75,- Euro.

Der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.

Empfänger:

SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort Neubau BSU,
Vergabe 3-06 – Ausbau,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.**VI.4) Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20354 Hamburg,
Deutschland,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 40 - 30 93,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 24 96

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Fristen des § 101 a GWB und § 107 Absatz 3 GWB. Nach § 107 Absatz 3 Nummer 1 GWB hat der Bieter einen Verstoß gegen Vergabevorschriften unverzüglich zu rügen, dies bedeutet für die Auftraggeberin spätestens nach 5 Kalendertagen. Der Bieter wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag auf Nachprüfung nach § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des öffentlichen Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

18. August 2011

Hamburg, den 25. August 2011

Sprinkenhof AG

785

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wissenschaft und Forschung, vertreten durch die Baudienststelle des Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf, Martinistraße 52, 20246 Hamburg, Telefon: 74 10 - 5 98 38, Telefax: 74 10 - 5 53 86, Email: Thomas.Bienemann@UKE-KFE.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Metallbauarbeiten Tore
- e) HafenCity Hamburg, Überseeallee 12
- f) Vergabenummer **ÖA-HCU-VP 063/11**
Neubau der HafenCity Universität Hamburg Rollgittertore, Stahlschiebetoranlage

g) –

h) Keine Aufteilung in Lose

i) Beginn: 27. April 2012,
Ende: 2. August 2012

j) Nebenangebote sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und
Einsichtnahme:

vom 26. August 2011 bis 6. Oktober 2011, 9.00 Uhr
bis 15.00 Uhr, Bei der Submissionsstelle der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt, ABH 57, Hoch-
schulbau-HSB, Weidestraße 122c, 3. OG, Raum 357
Telefon: 040/4 28 63 - 52 79, Telefax: 040/4 28 63 - 52 55,
Email: Christoph.Jansen@bsu.hamburg.de

l) Höhe des Kostenbeitrages: 40,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Ausschließlich Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht ange-
nommen.

Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank

Verwendungszweck:

Referenz: 4040600000004 (ÖA – 63/11)

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungs-
schreiben an die Anschrift Buchstabe o) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 13. Oktober 2011, 10.00
Uhr, eingereicht werden.o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Ange-
botskennzeichnung.

Submissionsstelle der Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt, ABH 57, Hochschulbau-HSB, Weide-
straße 122c, 3. OG, Raum 357 Tel.: 040/4 28 63 - 52 79
Telefax: 040/4 28 63 - 52 55, Email: Christoph.Jansen@
bsu.hamburg.de

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 13. Ok-
tober 2011, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft
mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Lei-
stungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen An-
gaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Ver-
langen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle
Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 10. Dezember 2011.

w) Beschwerdestelle:

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt, Düsternstraße 10, 20355 Hamburg

Hamburg, den 25. August 2011

Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH (KFE)

786

Öffentliche Ausschreibung

a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Baudienststelle des Universitätsklinikum
Hamburg Eppendorf,
Martinistraße 52, 20246 Hamburg,
Telefon: 74 10 - 5 98 38,
Telefax: 74 10 - 5 53 86,
Email: Thomas.Bienemann@UKE-KFE.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Ver-
tragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Trockenbauarbeiten

e) HafenCity Hamburg, Überseeallee 12

f) Vergabenummer **ÖA-HCU-VP 07/11**

Neubau der HafenCity Universität Hamburg Trocken-
bauarbeiten einschl. Wänden, Installationsschachtbe-
kleidung, Decken, Akustikdecken, Dämmungen in
Wand und Decken, Alu-Wand Lamellenbekleidung,
Alu-Kassettendecken

g) –

h) Keine Aufteilung in Lose

i) Beginn: 28. März 2012,
Ende: 13. November 2012

j) Nebenangebote sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und
Einsichtnahme:

vom 26. August 2011 bis 4. Oktober 2011, 9.00 Uhr
bis 15.00 Uhr, Bei der Submissionsstelle der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt, ABH 57, Hoch-
schulbau-HSB, Weidestraße 122c, 3. OG, Raum 357
Telefon: 040/4 28 63 - 52 79, Telefax: 040/4 28 63 - 52 55,
Email: Christoph.Jansen@bsu.hamburg.de

l) Höhe des Kostenbeitrages: 40,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Ausschließlich Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht ange-
nommen.

Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank

Verwendungszweck:

Referenz: 4040600000004 (ÖA – 07/11)

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungs-
schreiben an die Anschrift Buchstabe o) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 11. Oktober 2011, 11.00
Uhr, eingereicht werden.o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Ange-
botskennzeichnung.

Submissionsstelle der Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt, ABH 57, Hochschulbau-HSB, Weide-
straße 122c, 3. OG, Raum 357 Tel.: 040/4 28 63 - 52 79
Telefax: 040/4 28 63 - 52 55, Email: Christoph.Jansen@
bsu.hamburg.de

1972

Dienstag, den 6. September 2011

Amtl. Anz. Nr. 70

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 11. Oktober 2011, 11.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 10. Dezember 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Düsternstraße 10, 20355 Hamburg

Hamburg, den 25. August 2011

Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH (KFE)

787

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Baudienststelle des Universitätsklinikum
Hamburg Eppendorf,
Martinistraße 52, 20246 Hamburg,
Telefon: 74 10 - 5 98 38,
Telefax: 74 10 - 5 53 86,
Email: Thomas.Bienemann@UKE-KFE.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Schlosserarbeiten
- e) HafenCity Hamburg, Überseeallee 12
- f) Vergabenummer **ÖA-HCU-VP 064**
Neubau der HafenCity Universität Hamburg Stahltrep-
pen, Geländer, Handläufe, Schachtabdeckungen
- g) –
- h) Keine Aufteilung in Lose
- i) Beginn: 14. November 2011,
Ende: 19. Oktober 2012
- j) Nebenangebote sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 26. August 2011 bis 5. Oktober 2011, 9.00 Uhr
bis 15.00 Uhr, Bei der Submissionsstelle der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt, ABH 57, Hoch-

schulbau-HSB, Weidestraße 122c, 3. OG, Raum 357
Telefon: 040/4 28 63 - 52 79, Telefax: 040/4 28 63 - 52 55,
Email: Christoph.Jansen@bsu.hamburg.de

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 40,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Ausschließlich Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht ange-
nommen.
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank
Verwendungszweck:
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 64)
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungs-
schreiben an die Anschrift Buchstabe o) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 12. Oktober 2011, 10.00
Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Ange-
botskennzeichnung.

Submissionsstelle der Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt, ABH 57, Hochschulbau-HSB, Weide-
straße 122c, 3. OG, Raum 357 Tel.: 040/4 28 63 - 52 79
Telefax: 040/4 28 63 - 52 55, Email: Christoph.Jansen@
bsu.hamburg.de

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 12. Ok-
tober 2011, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft
mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Lei-
stungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen An-
gaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Ver-
langen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle
Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 10. Dezember 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt, Düsternstraße 10, 20355 Hamburg

Hamburg, den 26. August 2011

Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH (KFE)

788